

CDU



Wir in Baden-Württemberg

EUROPAWAHL '89

**Baden-Württemberg im Herzen
Europas**

Beschluss des
Landesvorstandes der
CDU Baden-Württemberg
24.10.1988

Die CDU Baden-Württemberg zu den Schwerpunkten der europäischen Politik:

Wirtschaft

Europa ist für die deutsche und baden-württembergische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Baden-Württemberg exportiert etwa ein Drittel seiner Produktion, davon fast die Hälfte in die europäischen Partnerstaaten. Das sind 14 % unserer Erzeugungen insgesamt. Es kann gesagt werden, daß rund eine halbe Million Arbeitsplätze in unserem Lande von der Ausfuhr in Staaten der europäischen Gemeinschaft abhängig sind.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht der Zahlmeister Europas. Die Abschaffung der Zollschränken hat dazu geführt, daß die deutsche Ausfuhr innerhalb von 30 Jahren auf das 42-fache angestiegen ist. Allein Baden-Württemberg führte im letzten Jahr Güter im Wert von rund 42 Milliarden DM aus; sein Handelsbilanzüberschuß belief sich auf rund 11 Milliarden DM. Angesichts dessen sind etwaige Defizite bei Zuschüssen aus sonstigen europäischen Fonds mehr als kompensiert.

Es muß deshalb in unserem Interesse liegen, den europäischen Markt nicht nur zu erhalten, sondern noch weiter auszubauen. Zu diesem Zweck hat der Europäische Rat im Jahre 1985 beschlossen, bis zum Ablauf des Jahre 1992 einen großen Binnenmarkt zu schaffen. In ihm soll vollständige Freizügigkeit für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital hergestellt werden. Zu diesem Zweck sollen auch alle Grenzkontrollen vollständig abgeschafft werden. Produktion für einen großen Markt ohne Behinderungen schafft aber Möglichkeiten, Kosten und Zeit zu sparen. Dies ist für Industrie und Handwerk, vor allem aber für die kleinen und mittelständischen Betriebe und für den Verbraucher von großem Nutzen.

Soll der europäische Binnenmarkt zum Erfolg werden, müssen aber bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß für alle die gleichen Wettbewerbsbedingungen herrschen. Dazu zählen vor allem:

- Die Schaffung eines freien Energiemarktes. Die Energiekosten könnten durch eine Öffnung des Marktes für baden-württembergische Unternehmen und Verbraucher erheblich gesenkt werden, um dadurch die Attraktivität des Standortes Baden-Württemberg zu erhöhen. Noch bestehende Wettbewerbsverzerrungen auf dem Energiesektor sollen beseitigt werden.

- Unser Ziel ist ein soziales Europa. Anzustreben ist eine Harmonisierung von sozialen Errungenschaften auf möglichst hohem Niveau. Die CDU begrüßt es, daß die deutschen Gewerkschaften ebenfalls für die Erhaltung unseres Standards bei der Mitbestimmungsregelung eintreten.
- Unterschiedliche Standards und Normen in den Bereichen Sicherheit, Gesundheit und Umwelt dürfen nicht dazu führen, daß Wettbewerber aus Ländern mit geringeren Anforderungen gegenüber deutschen Marktteilnehmern Wettbewerbsvorteile erhalten. Die besten Regelungen sollen in Europa durchgesetzt werden.
- Durch eine effektive europäische Wettbewerbspolitik muß dafür gesorgt werden, daß der Konzentrationseffekt in Grenzen gehalten wird. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen brauchen eine faire Marktchance auf dem europäischen Binnenmarkt. Deshalb fordern wir eine wirksame Kontrolle der Fusionen, des Mißbrauchs marktbeherrschender Stellung, aber auch der staatlichen Beihilfen.
- Die Schaffung des Binnenmarktes muß auch zu einer Abnahme und nicht zu einer Zunahme der wirtschaftslenkenden Vorschriften führen. Vor allem müssen solche Vorschriften für die Betroffenen klarer und verständlicher sein als bisher.
- Im europäischen Binnenmarkt müssen aber auch die Regionen gestärkt werden. Diese brauchen vor allem einen gewissen Freiraum für die Bewältigung ihrer jeweiligen besonderen Probleme. Nur ein solches "Europa der Regionen" kann das Bedürfnis nach Wohlstand und Gerechtigkeit befriedigen. Die Vielfalt der Regionen setzt auch ein erhebliches Potential an Innovation und Kreativität frei. Unterschiedliche Ansätze und Konzepte können sich wechselseitig befruchten. Die Gefahr, in Sackgassen zu geraten und betriebsblind zu werden, ist erheblich geringer.
- Die Verwirklichung eines Binnenmarktes bedarf einer Harmonisierung auch im steuerlichen Bereich. Die Vorschläge der Kommission, zwei Mehrwertsteuorkorridore von 4-9 % und 14-20 % zu bilden, werden gutgeheißen. Auch die übrigen indirekten Steuern müssen harmonisiert werden. Gelingt dies, entfällt ein wesentlicher Grund für die noch stattfindenden Grenzkontrollen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist auch die Reduzierung der Unternehmensbesteuerung.

- Als nächster Schritt nach Vollendung des Binnenmarktes muß eine europäische Währung kommen. Die flankierende Schaffung einer Zentralbank in Europa muß auf Autonomie und Stabilität aufgebaut sein.

Die Verwirklichung des Binnenmarktes ist für unser Land von entscheidender Bedeutung. Andererseits haben wir in Baden-Württemberg auch besondere Strukturen und Probleme, die hinreichend berücksichtigt werden müssen:

- Die baden-württembergische Wirtschaft ist stark mittelständisch strukturiert. 98 % aller Unternehmen gehören zu diesem Kreis. Sie erwirtschaften fast die Hälfte des Gesamtumsatzes des Landes, stellen mehr als zwei Drittel aller Ausbildungsplätze und tätigen zwei Fünftel der Investitionen. Vielfach wird die Ansicht vertreten, die Schaffung des Binnenmarktes werde allein multinationalen Unternehmen nützen. Dies ist jedoch nicht so: die bestehenden Handelsschranken behindern kleinere Unternehmen relativ gesehen stärker als größere. Eine Studie der Kommission hat gezeigt, daß der Aufwand für die Grenzformalitäten bei Betrieben unter 250 Beschäftigten derzeit rund 30 % höher ist als bei Großfirmen. Die komplizierten Prozeduren bei der Zulassung und Vermarktung von Produkten und die unterschiedlichen Normen führen häufig dazu, daß der Zugang zum europäischen Markt gerade kleineren Firmen erschwert ist.
- Baden-Württemberg ist auch das Land der Bausparer. Die CDU setzt sich dafür ein, daß das in Europa einzigartige verbraucherfreundliche kollektive Bausparsystem Deutschlands erhalten bleibt, und daß die deutschen und baden-württembergischen Bausparkassen die Gelegenheit erhalten, ihre Leistungen auch in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft anzubieten.
- Baden-Württemberg hat auch besonders enge wirtschaftliche Beziehungen zu den EFTA-Staaten, vor allem zu Österreich und der Schweiz. Es muß deshalb in unserem Interesse liegen, daß die Errichtung des Binnenmarktes nicht zu einer wirtschaftlichen Abschottung gegenüber diesen Staaten führt.

Innere Sicherheit

Die innere Sicherheit darf durch die Errichtung des Binnenmarktes und den Abbau der Grenzkontrollen nicht abnehmen. Das Entstehen einer Sicherheitslücke muß durch eine verstärkte europäische Zusammenarbeit und das Ergreifen inter-

ner Ausgleichsmaßnahmen verhindert werden. Zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden gehört der Aufbau einer effektiven Europol-Organisation in Europa. Diese sollte dezentral organisiert sein und könnte auch Beamte aufnehmen, die durch die Abschaffung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen ihre ursprüngliche Aufgabe verloren haben. Zur Verhinderung des Entstehens einer Sicherheitslücke gehört auch die Verstärkung der Zusammenarbeit an den Außengrenzen, um die durch den Wegfall der Binnenkontrollen entstehenden Risiken auszugleichen.

Die Abschaffung der Binnengrenzen darf auch nicht zu einer Abschwächung des Schutzes vor gefährlichen und gesundheitschädlichen Produkten führen. Die notwendigen Kontrollen können auch bei Erzeugern, Transporteuren und Verkäufern durchgeführt werden.

Notwendig ist aber auch eine Zusammenarbeit im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik. Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem weitestgehenden Asylrecht darf nicht zum Auffangbecken für von den anderen Ländern abgelehnte Asylbewerber werden. Auch muß dafür gesorgt werden, daß ausländerpolizeiliche Maßnahmen, die in einem Land verfügt werden, auch in einem anderen durchgesetzt werden.

Umweltschutz

Die Europäische Gemeinschaft muß zu einer qualitativen Umweltgemeinschaft ausgebaut werden. Die Natur ist ein eigenständiges Gut, das auch seinen Preis hat. Ökologie und Ökonomie dürfen aber nicht im Gegensatz zueinander stehen.

Die in der Bundesrepublik geltenden hohen Umweltstandards dürfen nicht geopfert werden. Unser Ziel muß sein, die Bestimmungen der europäischen Partnerstaaten den unseren anzunähern. Diese können so schlecht ja wohl nicht sein, wenn selbst Umweltschutzorganisationen vor einer europäischen Verwässerung der deutschen Regelungen warnen.

Auszugehen ist von dem höchstmöglichen Standard. Doch selbst wenn dies im Einzelfall nicht möglich sein sollte, können weniger gute europäische Lösungen, die alle binden, im Regelfall immer noch bessere Gesamtergebnisse bringen als ausschließlich nationale Regelungen, die andere Länder nicht verpflichten. Dennoch sind die bestmöglichen Qualitätsstandards europaweit anzustreben.

Gerade die baden-württembergischen Grenzregionen können aus europäischen Standards besonderen Nutzen ziehen. Aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit für die deutschen Unternehmen ist anzustreben, daß sich die anderen europäischen Länder mit ihren Umweltstandards den jeweils besten Regelungen annähern.

Hauptkriterium der europäischen Umweltpolitik muß sein, Schäden gar nicht erst entstehen zu lassen. Zur Verringerung von Belastungen gehören daher neben sauberen Produktionsweisen auch solche, die möglichst keine Abfälle entstehen lassen.

Ein wirksamer Umweltschutz durch saubere und alternative Produktionen und Energien kann nur durch beste und modernste Techniken verwirklicht werden. Dazu bedarf es intensiver europäisch koordinierter Forschungen und Entwicklungen. Gerade für Baden-Württemberg mit seinem Arbeitseifer und fundiertem Know-how bieten sich hier große Chancen auch für wirtschaftliches Wachstum und insbesondere neue Arbeitsplätze.

Besonderer Regelungen bedarf es dort, wo der eigentliche Verursacher die Kosten - weil nicht übertragbar - aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht aufbringen kann. Dies gilt vor allem im Bereich der Landwirtschaft. Überlegungen in der Europäischen Gemeinschaft, dem baden-württembergischen Wasserpfennig-Modell zu folgen, werden begrüßt.

Sowohl aus Gründen der Umweltschonung wie auch aus Gesundheitsgründen ist eine naturnahe und am Bedarf orientierte Landwirtschaft nötig. Die damit verbundenen Aufgaben können besonders Familienbetriebe hervorragend lösen, da sie gleichzeitig mit einer mengenmäßig nicht überzogenen Produktion von Nahrungsmitteln zum Erhalt unserer Natur und Landschaft beitragen können. Extensive und alternative Bewirtschaftung sind zu fördern.

Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik hat die Tür zur EWG geöffnet. Aber diese Vorreiterrolle mußte teuer bezahlt werden: die übrigen Wirtschaftsbereiche wie Steuern, Verkehr, Währung u.a. sind nicht harmonisiert worden. Trotz dieser Erschwernisse sind die im Vertrag gesetzten Ziele

- Steigerung der Produktivität
- Verbesserung des Lebensstandards
- Stabilisierung der Märkte
- Sicherung der Versorgung zu angemessenen Preisen

schneller als erwartet erreicht worden. Erstmals in der Geschichte des dichtbevölkerten Europas produzierten die Landwirte Überschüsse an Nahrungsmittel, die sich jedoch schließlich in nicht mehr finanzierbaren Lagern anhäuften. Auch auf dem Weltmarkt konnte der Überschuß nur mit hohen Erstattungen abgesetzt werden.

Erst nach dem Regierungswechsel in Bonn wurde auf eine maßgeblich von Baden-Württemberg geforderte, an Angebot und Nachfrage orientierte Agrarpolitik umgeschaltet. Die Lagerbestände (Butter, Getreide, Milchpulver, Rindfleisch) wurden abgebaut. Die Produktion wurde mit restriktiven Preisen, Mengengrenzungen und dem Abbau der Interventionen zurückgeschraubt.

Die bisherige Einkommensbildung über Garantiepreise und -mengen wirkte sich zum Nachteil der kleinstrukturierten Landwirtschaft aus. Durch direkte Zahlungen an die Bauern werden Einkommenseinbußen, zumindest teilweise, ausgeglichen. Dies gilt es durch Zahlungen für die ökologischen Leistungen unserer Landwirtschaft zu ergänzen. Die öffentlichen Aufwendungen für die Landwirtschaft sind durch diesen Kurswechsel keineswegs verringert, jedoch gerecht und ohne Produktionsanreiz verteilt worden.

Ein tiefgreifender Wandel und auch eine Produktionsverminderung wird durch das Extensivierungsprogramm, die Flächenstilllegung und die Produktionsaufgaberente für ältere Landwirte angestrebt. Dadurch wird der noch zu bewältigende Strukturwandel in der Landwirtschaft erleichtert und vor allem sozial ausgewogen. Die Umbenennung des Landwirtschaftsministeriums in "Ministerium für den ländlichen Raum" zeigt deutlich die umfassende und keineswegs nur landwirtschaftsfördernde Aufgabe, möglichst viele Menschen auf dem Lande in Haupt-, Neben- und Zuerwerbsbetrieben, aber auch in außerlandwirtschaftlichen Existenzen zu halten. Inzwischen hat dieses baden-württembergische Modell auch die Kommission in Brüssel überzeugt. Sie hat eine umfassende Dokumentation über "die Zukunft der ländlichen Welt" vorgelegt, weil sie anerkannt hat, daß nur ein vielfältig strukturierter ländlicher Raum das Gleichgewicht zur Stadt in der Industriegesellschaft schaffen kann.

Gleichzeitig muß die zukünftige europäische Agrarpolitik auch Raum für regionale Maßnahmen lassen, die der besonderen Struktur der jeweiligen Landwirtschaft gerecht werden. Dies ist ganz besonders im Interesse Baden-Württembergs mit seinen vorwiegend kleineren Betrieben. Das Europa der Regionen muß auch Einzug in die Agrarpolitik halten.

Verkehr

Zur Vollendung des Binnenmarktes gehört die Integration des europäischen Verkehrsmarktes. Die Grundlage einer europäischen Marktordnung im Straßenverkehr ist der Abbau von Regulierungen und die Herstellung der Dienstleistungsfreiheit im innergemeinschaftlichen Verkehr.

Der gemeinsame Verkehrsmarkt ohne mengenmäßige Beschränkung gibt dem deutschen Verkehrsgewerbe jedoch nur eine faire Chance, wenn die vorhandenen Wettbewerbsverzerrungen weitgehend abgebaut werden.

Da die Verkehrsunternehmer der Mitgliedstaaten immer häufiger die Verkehrswege der Nachbarn benutzen, was als positives Zeichen des Zusammenwachsens der Gemeinschaft gewertet werden kann, muß die fiskalische Harmonisierung voran getrieben werden.

Die CDU in Baden-Württemberg wird sich auch dafür einsetzen, daß es zu einer europaweiten Angleichung der Steuern auf Nutzfahrzeuge und Diesel kommt, um vergleichbare Kostenbelastungen der am europäischen Verkehrsmarkt tätigen Unternehmer zu schaffen.

Unverzichtbar für uns ist die Harmonisierung der Sozialvorschriften und der Verkehrssicherheitsbestimmungen, wobei größter Wert auf europaweit gleiche Kontrolle und Ahndung der Verstöße gelegt werden muß.

Baden-Württemberg gehört zu den wachstumsstärksten Regionen der Gemeinschaft. Größter Wert muß deshalb auf den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gelegt werden.

- Hierzu zählt der bedarfsgerechte Ausbau des Straßen- und Schienennetzes und dessen Anschluß an die Verkehrssysteme unserer Nachbarn. Insbesondere bedarf es der Verknüpfung beim internationalen Netz der Hochgeschwindigkeitszüge.

- Die baden-württembergische CDU setzt sich für den Bau weiterer leistungsfähiger Eisenbahntransversalen ein, da angesichts der Bedeutung des Exportlandes Baden-Württemberg schnelle, zuverlässige und umweltfreundliche Verkehrswege über die Alpen unabdingbar sind. Die jetzige Situation im alpenüberquerenden Verkehr muß verbessert werden, um einen größeren Teil der Güter von der Straße auf die Bahn zu verlegen.
- Der Ausbau des Landesflughafens Stuttgart zu einem leistungsfähigen und betriebssicheren internationalen Verkehrsflughafen ist unverzichtbar. Die Bemühungen, den französisch-schweizerischen Flughafen Basel/Mulhouse und den französischen Flughafen Straßburg für deutsche Benutzer attraktiver zu machen, sind fortzusetzen.

Bildung, Kultur und Medien

Die kulturelle Vielfalt macht einen großen Teil der Faszination Europas aus. Der ungeheure Reichtum unseres Kontinents in diesem Bereich muß für die Zukunft gesichert und gepflegt werden. Deshalb ist eine Zusammenarbeit hier unter Wahrung der regionalen Besonderheiten von besonderer Bedeutung. Zu einem Europa der Bürger gehört auch ein Europa der Kultur. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich deshalb vor allem für folgende Projekte ein:

- Die europäische Dimension im Unterricht an allen allgemeinbildenden Schulen muß verstärkt werden. Jeder Schüler sollte Grundwissen über Europa und seine Institutionen in der Theorie aber auch an Ort und Stelle sammeln.
- Die Kenntnis der Sprachen unserer Nachbarn in Europa - sowohl in Ost wie auch in West - sollte verbessert werden. Jeder Schüler sollte mindestens eine, möglichst jedoch zwei Fremdsprachen erlernen können. Den sprachlichen Fächern kommt ein kultureller und landeskundlicher Auftrag zu. Schon bisher hat das Land Baden-Württemberg hier Vorbildliches geleistet, etwa durch das Programm "Lerne die Sprache des Nachbarn", mit dem schon Grundschulern ermöglicht wird, Kenntnisse in der französischen Sprache zu erwerben.
- Maßnahmen zugunsten des Jugendaustausches sollten verstärkt werden. Dabei können vor allem nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerks Verbindungen auch mit anderen west- und osteuropäischen Staaten eingerichtet werden. Exkursionen sind kein staatlich geförderter Schülertourismus.

Durch persönliche Kontakte und Teilhabe an Lebens- und Kulturformen fördern sie Weltoffenheit, Verstehen, Toleranz und liefern Schlüssel und Motivation zur Sprache des gastgebenden Landes. In diesen Zusammenhang gehört auch die Förderung des Studentenaustausches, wie sie von der Kommission mit ihrem Programm "Erasmus" in Angriff genommen worden ist.

Während der deutschen Ratspräsidentschaft gelang es, erste Maßnahmen über die gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen zu verabschieden, die dazu führen sollen, eine erhebliche Erleichterung der internationalen Mobilität zu bewirken. Ebenso wichtig ist der Austausch auch für junge Menschen, die in der praktischen Berufsausbildung stehen. Hier unterstützt die CDU Baden-Württemberg das Programm "Young Workers Exchange - Yes für Europa".

- Kulturelle Kontakte sind besonders geeignet, Menschen zueinander zu führen und Verständnis füreinander zu wecken. Die CDU Baden-Württemberg mißt deshalb der kulturellen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene eine ganz besondere Bedeutung bei.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hat im Verhältnis zu Frankreich durch seine Tätigkeit als Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit hier Grundlegendes geleistet. Hierzu zählen das deutsch-französische Jugendtreffen 1987, das Programm "Lerne die Sprache des Nachbarn", das deutsch-französische Hochschulkolleg, das erfolgreich praktizierte Lehreraustauschprogramm, der deutsch-französische Kulturrat und vieles mehr.

Die CDU Baden-Württemberg würde es begrüßen, wenn das Modell der deutsch-französischen Zusammenarbeit im kulturellen Sektor auch von allen anderen Staaten Europas übernommen werden könnte.

- Die Errichtung des Binnenmarktes 1992 wird auch zur Entstehung des größten Medienmarktes der Erde führen. Die Europäer müssen deshalb stärker in eigene Produktionen einsteigen, damit der alte Kulturkontinent nicht Gefahr läuft, sein Fühlen, Denken und Erinnern anderswo produzieren zu lassen. Der deutsch-französische Kulturkanal ist ein erster wichtiger und richtungsweisender Schritt hierzu.

Baden-Württemberg ist ein Land im Herzen Europas – und Europa liegt uns in Baden-Württemberg am Herzen.

Die Geschichte Europas war in der Vergangenheit meist eine Geschichte von Mißgunst, Streit und Krieg. Noch vor nicht einmal einem halben Jahrhundert lagen die Staaten, die heute Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind, im Krieg miteinander, der viele Millionen ihrer Mitbürger Leben, Gesundheit oder Heimat kostete. Unglaubliches Leid ist hierdurch entstanden, vor allem in den Grenzregionen. Gerade Baden-Württemberg mit seiner Grenze zu Frankreich setzt sich deshalb für den Abbau aller die Völker trennenden Schranken ein.

Europäische Einigung bedeutet Handeln für den Frieden und auch friedlicher Handel. Das wichtigste Vorhaben um Europa wirtschaftlich voranzubringen, ist die Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992. Der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital eröffnet gerade für Baden-Württemberg neue Chancen. Ein gemeinsamer Markt ohne Schranken bildet ein Wachstumspotential, das Arbeit und Wohlstand für die nächsten Jahrzehnte sichern kann.

Die Lehren aus der Vergangenheit und die Herausforderungen der Gegenwart setzen den Maßstab für die Zukunft Baden-Württembergs: Europa.

Europa – Garant des Friedens und der Freiheit

Unsere älteren Mitbürger erinnern sich noch an die feindseligen Parolen gegen Völker, die mit uns den selben Kontinent bewohnen. Dies hat sich grundlegend gewandelt. Die Europäische Gemeinschaft hat durch neue Formen der Begegnung und der Zusammenarbeit einen großen Beitrag zur Verständigung geleistet. Die Enkel der Großväter, die sich einst auf Schlachtfeldern bekämpften, begegnen sich heute im Rahmen von über 2000 Städtepartnerschaften.

Europa ist heute mehr denn je aufgerufen, seinen eigenen konstruktiven Beitrag zur Friedensbewahrung zu leisten. Kern einer europäischen Sicherheitspolitik kann insbesondere die deutsch-französische Zusammenarbeit werden. Die CDU Baden-Württemberg begrüßt daher die in Baden-Württemberg aufgestellte deutsch-französische Brigade als neues Beispiel europäischer Solidarität.

Vom Elend zum gesicherten Wohlstand

Es ist Europa gelungen, Not und wirtschaftliches Elend grundlegend zu beseitigen.

Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft hat wesentlich dazu beigetragen, die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sowie zu wirtschaftlichem Wachstum und Wohlstand ungeahnten Ausmaßes geführt. Dies gilt ganz besonders für die Bundesrepublik Deutschland, zu dessen Wirtschaftswunder die Gemeinschaft durch die Öffnung der Märkte einen großen Beitrag geleistet hat. So hat sich allein der deutsche Export in die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zwischen 1958 und 1986 auf das 42-fache erhöht. Jeder 6. Arbeitsplatz ist heute in der Bundesrepublik Deutschland vom Export in andere EG-Länder abhängig.

Dies gilt in besonderem Maße für Baden-Württemberg, das die Heimat zukunfts- und exportorientierter Industriezweige ist. Ohne Europa würden wir in Baden-Württemberg mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze auf's Spiel setzen. Wären diese 500.000 Menschen arbeitslos, so müßten wir über 12 Milliarden DM pro Jahr aufbringen. Allein dieser Betrag übersteigt den "Nettobeitrag" der gesamten Bundesrepublik bei weitem.

Nur gemeinsam haben wir Geltung in der Welt

Europa ist heute wirtschaftlich, nicht aber politisch ein Riese. Auf unserem gespaltenen, von zwei Supermächten dominierten Globus können sich kleinere und mittlere Mächte wie die europäischen Staaten alleine nicht durchsetzen. Europa muß deshalb seine Kräfte bündeln und auch politisch mit einer Stimme sprechen.

Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sind bereits Hauptansprechpartner beim Nord-Süd-Dialog. Sie zahlen weitaus am meisten Entwicklungshilfe (19 Milliarden US-Dollar; USA: 10 Milliarden US-Dollar; UDSSR: 4 Milliarden US-Dollar pro Jahr).

Diese wirtschaftlichen Leistungen müssen in Zukunft jedoch verstärkt politisch in die Waagschale geworfen werden. Bei der Gewährung von Entwicklungshilfe muß dem Schutz der Menschenrechte und der Umwelt besonderes Augenmerk gelten.

Die Gemeinschaft sollte ihren Beitrag auch bei der Lösung internationaler Konflikte leisten.

Europa ist noch unvollendet

Die erfolgreichen Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft wurden abgelöst durch eine Phase der Stagnation. Jetzt kommt Europa wieder in Fahrt. Vor allem während der deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 wurden Hindernisse ausgeräumt und wegweisende Entscheidungen getroffen.

Gleichwohl ist nicht zu leugnen, daß nicht alles so läuft, wie es könnte und sollte. Noch besteht zu viel Spielraum für nationale Egoismen. Die Entscheidungsmechanismen im Rat, in dem die Vertreter der nationalen Regierungen sitzen, sind zäh und schwerfällig. Wichtige und sinnvolle Maßnahmen bleiben oft in jahrelangen Debatten hängen und werden mitunter sogar überhaupt nicht verabschiedet. In endlosen Marathonsitzungen prallen nationale Gegensätze und kleinliche Einzelinteressen aufeinander, und für den Betrachter ist oft nicht mehr sichtbar, worin eigentlich die Gemeinsamkeit der europäischen Staaten besteht.

Der Weg zu einem starken und demokratischen Europa führt nur über ein starkes Europäisches Parlament, das mit voller Gesetzgebungskompetenz ausgestattet ist. Nur das Parlament hat die direkte Legitimation durch das Volk.

Der Bürger hat in einem mit vollen Rechten ausgestatteten Parlament einen wichtigen Verbündeten, um Fehlentscheidungen in einzelnen Bereichen zu korrigieren. Hierzu zählen vor allem die europäische Agrarpolitik, die fortbestehenden Grenzkontrollen, unterschiedliche Währungen, eine Vielzahl von bürokratischen Hemmnissen und Defizite bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Binnenmarkt '92 und europäische Währung

In der Europäischen Gemeinschaft werden bis zum 31. Dezember 1992 die Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten abgeschafft und die unverzichtbaren Kontrollen an die EG-Außengrenzen verlagert. Das Stichwort "Binnenmarkt '92" steht für das ehrgeizigste Programm seit der EWG-Gründung vor 30 Jahren, nämlich einen "Raum ohne Grenzen" zu schaffen, in dem sich freier Personenverkehr für 320 Millionen Einwohner aus 12 Mitgliedstaaten entfaltet sowie Waren, Dienstleistungen und Kapital ungehindert bewegt werden.

Die völlige Öffnung der Binnengrenzen und das Verschwinden der Zollkontrollen wird ermöglicht durch die Annäherung der Steuern und die Harmonisierung anderer Vorschriften. Mit der Verwirklichung des Binnenmarktes muß die Entwicklung zu einem europäischen Sozialraum Hand in Hand gehen. Dabei dürfen unsere sozialen Errungenschaften nicht preisgegeben werden.

Die zentralen Anliegen der Bürger der Europäischen Gemeinschaft sind mit der völligen Abschaffung der Schlagbäume jedoch noch nicht erfüllt. Auch die Grenzen für das Geld sind überholt. Wer heute mit DM 100,- durch alle 12 EG-Länder reist und diese nach und nach in alle Währungen umtauscht, behält am Ende nur noch DM 50,- übrig. Einen solchen Verlust können wir uns nicht länger leisten: Nach dem Binnenmarkt 1992 muß die Einführung des ECU als europäische Währung erfolgen. Diese europäische Währung muß in die Verantwortung einer europäischen Zentralbank gestellt werden, die auf einen Stabilitätskurs verpflichtet ist.

Europa der Regionen

Parallel zur Europäisierung weiter Bereiche müssen aber auch die Regionen gestärkt werden. Nur so kann deren jeweiligen Besonderheiten und Traditionen Rechnung getragen werden. Unser Ziel muß der Aufbau eines "Europa der Regionen" werden. In vielen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen die unterschiedlichen Strukturen der einzelnen Regionen berücksichtigt werden. Für alle gleich geltende Vorschriften aus Brüssel können z.B. der stark mittelständisch ausgerichteten baden-württembergischen Wirtschaft nicht so gut gerecht werden wie landesspezifische Maßnahmen. Die Regionen Europas sind auch aufgerufen, untereinander verstärkt zusammenzuarbeiten. Regionalpartnerschaften, wie sie Baden-Württemberg schon praktiziert (mit Rhone-Alpes in Frankreich, der Lombardei in Italien, Katalonien in Spanien und Flandern in Belgien) müssen ausgebaut werden. Dies gilt auch gegenüber Staaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind, z.B. den EFTA-Staaten, mit denen uns aber dennoch viele Gemeinsamkeiten verbinden. Eine "Festung Europa" darf es nicht geben; eine Erhöhung der Grenzzäune kommt nicht in Betracht.

Technologie: Einmal Zwölf ist mehr als Zwölf mal eins

Im Bereich Wirtschaft und Technologie wächst das Tempo des Fortschritts. Die modernen Kommunikations- und Informationstechnologien, die Biotechnologie,

aber auch die Luft- und Raumfahrttechnologie sind für einen einzelnen Staat nicht mehr zu bewältigen. Benötigt werden hier Forschungs- und Entwicklungsaufwände, die nur von einem Binnenmarkt, wie ihn Europa darstellt, bewältigt werden können. Erforderlich sind z.B. Investitionen in die Forschung, die rasch die Höhe von mehreren Milliarden DM erreichen und damit die Möglichkeiten eines Landesetats überschreiten. Aber gemeinsame Finanzierung reicht jedoch nicht aus: Die besten Köpfe Europas müssen an einen Tisch.

Auch hier ist Baden-Württemberg ganz besonders angesprochen: In Baden-Württemberg sind besonders viele Hochtechnologieunternehmen der erwähnten Sektoren angesiedelt. Diese können ihre Produktions- und Exportchancen und damit die Arbeitsplätze für Hunderttausende nur dann sichern, wenn sie am Puls der technologischen Entwicklung bleiben. Das können sie nur durch eine europäische Zusammenarbeit.

Umwelt kennt keine Grenzen

Die Probleme des Umweltschutzes haben gleichfalls längst globale Dimensionen angenommen. Probleme der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes, des Schutzes der Ozonschicht und viele andere mehr können durch einzelstaatliche Maßnahmen nicht bewältigt werden. Importierte Umweltverschmutzungen, die gerade für die Grenzlage Baden-Württembergs von Bedeutung sind, oder etwa globale Klimaeffekte nehmen keinen Staat mehr aus. Umgekehrt sind zum Schutze der Umwelt erhebliche Investitionen notwendig, die die Möglichkeiten eines Landes überschreiten. Erforderlich ist darüberhinaus aber auch eine Koordinierung der Politik, um durch Umweltschutzmaßnahmen die Wettbewerbschancen nicht zu verkehren. Europa bietet hierfür den geeigneten Rahmen.

Kulturelle Vielfalt – ein kostbarer Schatz

Europa ist ein Kulturraum mit vielen Gesichtern. In einem sich enger zusammenschließenden Europa erlangen Kultur und Bildung eine neue Bedeutung. Vielsprachigkeit, unterschiedliche Lebensgewohnheiten und Mentalitäten, verschiedene Denkansätze und Strukturen drücken die kulturelle Vielfalt Europas aus.

Das gemeinsame kulturelle Erbe der Europäer ist in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ein kostbarer Schatz, der bewahrt werden muß, soll die Einzig-

artigkeit Europas nicht verlorengelassen. Dezentralität und Regionalität sind deshalb ganz besonders in diesem sensiblen Bereich zu schützen. Da in sich gekapselte Kulturräume aber zur geistigen Stagnation führen können, ist es Aufgabe einer europäischen Kulturpolitik, den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den Bürgern Europas zu fördern. Hierbei sind vor allem die Bildungspolitik und die Medien aufgefordert, durch umfassende Information gegenseitiges Kennenlernen und Vertrauen herauszubilden und zu unterstützen.

Europa ist größer als die Europäische Gemeinschaft

Die große historische Leistung Konrad Adenauers war es, die Integration der Bundesrepublik Deutschland in Westeuropa konsequent voranzutreiben. Dies hat zu einer Verständigungsebene geführt, die allein den Gedanken einer kriegerischen Auseinandersetzung mit einem westeuropäischen Staat unmöglich macht.

Begonnen hat unsere Teilhabe an Europa aber schon 1950 mit dem Beitritt zum Europarat in dem 22 freie und souveräne Staaten Europas zusammengeschlossen sind. Die vom Europarat geschaffene Europäische Menschenrechtskonvention und die Europäische Sozialcharta bleiben auch künftig die menschenrechtlichen Grundlagen im freien Europa.

Ganz anders ist unser Verhältnis zu Osteuropa. Es ist von gegensätzlichen Grundauffassungen und Haltungen geprägt und beruht noch überwiegend auf einem Gleichgewicht des Schreckens. Weil wir auf Dauer nicht wie zwei feindliche Brüder auf unserem Kontinent leben können, wird es die große Aufgabe der Zukunft sein, dies Schritt für Schritt zu ändern. Die Völker Osteuropas sehnen sich nach Freiheit. Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft unter Achtung der Vielfalt ist ein Signal an alle Staaten Europas, an diesem Prozeß teilzuhaben.

Europa der Bürger

Europa ist nicht nur eine Sache der Funktionärsreisen und Gipfeltreffen, sondern Vorrecht und Aufgabe aller Bürger. Dazu gehören Kontakte auf allen Ebenen, von der politischen Spitze bis zu dem kleinsten Verein und auf allen Gebieten - von der Politik über Wirtschaft und Kultur bis zum Sport.

Für Erwachsene ist Europa vor allem eine Verständigungsaufgabe, für Jugendliche eine Zukunftsaufgabe. Die Begegnung mit anderen Europäern erweitert den persönlichen Horizont, fördert das Verständnis für kulturelle Bräuche und Eigenarten und ist der Schlüssel zu fremden Sprachen.

Europäisches Parlament – Die Vertretung der Bürger

Die nächste Europawahl findet in der Bundesrepublik Deutschland am 18. Juni 1989 statt. Wer sich seiner Stimme enthält trifft auch eine Wahl: Er stärkt ein "Europa der Bürokraten" in dem demokratische Initiativen aus der Mitte des Europäischen Parlamentes wenig Gewicht haben. Die Hinwendung zu einem "Europa der Bürger" kann nur gelingen, wenn das Europäische Parlament aufgewertet und mit vollen demokratischen Rechten ausgestattet wird.

Diese Rechte kann das Parlament nur erkämpfen, wenn die Bürger ihm durch eine hohe Wahlbeteiligung den Rücken stärken.

Der Souverän ist der Bürger, nicht die Staaten.

Seit Konrad Adenauer ist die CDU die Europapartei. Dies wird durch den Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl unterstrichen.

Deshalb am 18. Juni 1989: Mit der CDU für Europa.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin - Weitergabe, Reproduktionen und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACDP.

ACDP-Konrad-Adenauer-Stiftung